Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 45. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto: Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 1/8 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) 1 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 1 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 63. Mittwoch, den 16. März 1921. 44. Jahrgang

Das Weißbuch über London.

In einem umfangreichen Aktenstück hat die deutsche Reichsregierung dem Reichstage ein sogenanntes Weißbuch überreicht, welches in der Reihe der vielen diplomatischen Aktenstücke der letzten Jahre einen ganz besonderen Platz einzunehmen berufen sein wird. Dieses Weißbuch enthält in deutscher und englischer Sprache zunächst die Pariser Beschlüsse der Alliierten vom 29. Januar 1921 nach dem amtlichen Wortlaut, weiter die Einladung zur Londoner Konferenz, nebst Antwort der deutschen Regierung, sodann die in der Oeffentlichkeit schon besprochenen Sachverständigen-Gutachten über die wirtschaftlichen Wirkungen der Pariser Beschlüsse und die Bemerkungen zur Denkschrift der Sachverständigen der Alliierten über den Haushalt des Deutschen Reiches. Ferner sind hier von der Agence Havas am 2. und 3. Februar 1921 veröffentlichten Auszüge aus dieser Denkschrift der Sachverständigen der Alliierten aufgenommen. Es muß dazu bemerkt werden, daß diese Denkschrift trotz wiederholten Ersuchens der deutschen Reichsregierung ihr nicht übermittelt worden ist, und daß die Regierung sich lediglich auf die Presse-Aeußerungen stützen mußte. Diese Auszüge, wie sie nun in dem Weißbuch aufgenommen sind, stellen ein besonders wertvolles Dokument dar, zumal auch alle einzelnen Tabellen bezüglich der Ausstellungen der Entente an den deutschen Reichshaushalt mit veröffentlicht sind. Am interessantesten ist dabei der „Versuch einer Schätzung" der Ausgaben des deutschen Reichshaushaltes, und zwar derjenigen Positionen, die die Entente als „zufällige Ausgaben" bezeichnet, „die sich 1921 offenbar nicht wiederholen werden." Diese Aufstellung wie eine weitere über die Steuerverhältnisse, namentlich die indirekte Steuerbelastung in Deutschland ist für derjenigen, der diese Aktenstücke mit Eindringlichkeit liest, und sich ihrer politischen und wirtschaftlichen Tragweite bewußt ist, geradezu erschütternd, weil aus ihr hervorgeht, wie weit tatsächlich die unmittelbare Kontrolle der Entente, die einer Finanzkontrolle über Deutschland nach ägyptischem Vorbild gleichkommt, jetzt schon gediehen ist. Ferner bilden die Berichte über die Sitzungen der Londoner Konferenz ein wichtiges Material, denen die deutschen Gegenvorschläge beigefügt sind. Die Berichte selber sind in der Fassung der deutschen Niederschriften und in der Formulierung des alliierten Sitzungsberichts gegeben. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß sie sehr farblos sind. Sie geben nur eine nüchterne Aneinanderreihung der Ausführungen des Außenministers Simons einerseits und des englischen Premierministers Lloyd Georges andererseits. Aus dieser Art von Berichterstattung läßt sich ein Bild über den Gang der Verhandlungen nicht gewinnen, höchstens, daß man aus den bei Lloyd George beliebten Bemerkungen immer wieder ersehen kann, wie er mit der Uhr in der Hand verhandelte, wie er fortdauernd die deutsche Delegation zu Entschlüssen zu drängen versuchte. Im ganzen handelt es sich hier um einen Dokumentenband, der wieder, wie so viele derartige Aktenstücke seit dem Friedensvertrag ein weiteres Kapital des Leidensweges des deutschen Volkes behandelt.

Ein deutsches Werk über die Schuldfrage.

Berlin, 15. März. Wie wir hören, plant das Auswärtige Amt noch im Laufe dieses Jahres die Herausgabe eines **fünfzehnbändigen Werkes**, das über 4000 Urkunden zur auswärtigen Politik des Wilhelminischen Zeitalters in den Jahren 1897 bis 1914 umfaßt.

Berlin, 15. März. **Dr. Simons** hat bereits in seiner Samstagsrede darauf hingewiesen, daß die Schuldfrage **am Kriege nunmehr gelöst werden** müsse. Im Zusammenhang mit dieser Erklärung ist es von besonderem Interesse, daß die Sichtung und Zusammenstellung der Akten des Auswärtigen Amtes für die Ursachen des Weltkrieges nach mehr als einjähriger Arbeit abgeschlossen ist. Die Drucklegung der ersten Bände, die im wesentlichen den Zeitraum von 1873 bis 1901 umfassen, ist im Gange. Mit dem Erscheinen des Gesamtwerkes ist im Laufe des Jahres sicher zu rechnen. Die **deutschen Dokumente zum Kriegsbruch**, die in vier Bänden von **Schücking** und Graf **Montgelas** auf Grund der Kautskyschen Sammlung vor Jahresfrist erschienen, beginnen bekanntlich mit dem Mord in Serajewo. Dem Kabinett, das den Auftrag zur Veröffentlichung erteilte, war schon damals klar, daß dieser willkürliche Einschnitt in den zusammenhängenden Lauf der Ereignisse nicht endgültig sein könne. So wurde zunächst ein Mitverfasser des in Versailles überreichten deutschen Weißbuches über die Schuld am Kriege und genauer Kenner der englischen Politik, Prof. **U. Mendelssohn-Bartholdy**, mit der Auswahl der zu veröffentlichenden Akten aus der älteren Zeit betraut; ihm traten im Frühjahr 1920 Dr. Johannes **Lepsius** und Dr. Friedrich **Thimme** zur Seite. Die Veröffentlichung läßt, abgesehen von den notwendigen kurzen Anmerkungen, die Urkunden selbst sprechen. **Sie gewährt jedem daher einen vollkommenen Einblick in die auswärtige Politik der Großstaaten, während des Wilhelminischen Zeitalters.** Der gleichmäßige Anteil des Auswärtigen Amtes an der zuletzt unlösbar gewordenen Gleichgewichtspolitik der Auswärtigen Mächte tritt deutlich hervor. Eine Fülle von neuen Aufschlüssen wird selbst über die meisterörterten Fragen der Dreibundpolitik, der Flottenrivalität, der Marokkokonflikte gegeben. Die **vollkommene Offenheit**, mit der die Akten des Auswärtigen Amtes dem Urteil der Welt vorgelegt werden, wirkt wie eine große Befreiung. Wir glauben nicht, daß die anderen Großmächte sich der Forderung nach gleicher Oeffnung ihrer Geheimarchive werden entziehen können. Aber selbst wenn sie es versuchen sollten, werden durch die deutschen Veröffentlichungen, mit denen wir in der schwersten Zeit mutig hervortreten, die **vielen halbwahrheiten und Lügen zerstört werden, die in den Anklageschriften des feindlichen Auslandes über die Schuld Deutschlands** am Kriege aufgestellt worden sind. Die Geschichtswissenschaft wird wie der gesunde Menschenverstand das Urteil gegen die Säumigen fällen, die ihre Beweise zurückhalten. Der Streit über die Kriegsursachen wird zur letzten Entscheidung reif.

Deutschlands Einspruch beim Völkerbund.

WTB. Berlin, 15. März. Der Protest der deutschen Regierung beim Völkerbund gegen die Sanktionen lautet:

Auf Grund des Beschlusses der vier alliierten Großmächte und Belgiens überschritten **belgische, britische und französische Truppen** die Grenzen des Gebietes, dessen Okkupation der Vertrag von Versailles gestattet, und besetzten die deutschen Städte **Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf**. Die Alliierten kündigen ferner an, daß sie von allen Zahlungen, die ihre Staatsangehörigen für deutsche Waren schulden, einen bestimmten Betrag einbehalten werden. Endlich wollen sie in den besetzten Rheinlanden eine **eigene Zollordnung** einführen.

Dieses Vorgehen der Alliierten verstößt gegen den Vertrag von Versailles.

Die Alliierten berufen sich darauf, daß Deutschland gewisse Bestimmungen des Vertrages über die Kriegsbeschuldigten, über die Entwaffnung und über die erste Zahlung von 20 Milliarden verletzt habe. Sie bezeichnen ihre Maßnahmen als **Sanktionen**, wozu ihnen die Bestimmungen des Vertrages das Recht gäben. **Welche Bestimmungen dies seien, sagen sie nicht.** Es könnten nur folgende drei in Frage kommen: 1. § 18 Anlage 2 zum Teil 8. 2. der Schlußsatz des Artikels 429 und 3. Artikel 430.

Zunächst gestattet keine dieser Bestimmungen, deutschen Boden, außerhalb des Gebietes östlich des Rheins und der Brückenköpfe neu zu besetzen.

Nach Artikel 429 darf nur die Zurückziehung der Okkupationstruppen aus den besetzten Gebieten hinausgeschoben werden, wenn die Alliierten und Assoziierten beim Ablauf der Besetzungsfrist ihre Sicherheiten gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als hinreichend betrachten. Nach Artikel 430 kann das geräumte Gebiet wieder besetzt werden, wenn sich Deutschland weigert, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen.

Aus § 18 kann das Recht zur Besetzung deutschen Gebietes überhaupt nicht hergeleitet werden.

Dort ist die Rede von **wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Verwaltungsmaßregeln**, überhaupt von solchen Maßnahmen, die die alliierten und assoziierten Regierungen nach den Umständen für geboten erachten. Die Besetzung ist die schärfste Maßnahme, die zur Sicherung der Erfüllung des Friedensvertrages denkbar ist. Sie ist deshalb in einem besonderen Teil des Friedensvertrages in Teil 14 der erwähnten Artikel 429 und 430 enthalten. Sie ist eingehend und zwar gerade auch für den Fall der Verletzung der Reparationspflicht geregelt. Es wäre widersinnig, anzunehmen, daß die am Schluß des Paragraphen 18 aufgenommene allgemeine Wendung die noch über die Bestimmungen des Teiles 14 hinausgehende Gebietsbesetzung rechtfertigen sollte. Vielmehr kann es sich dabei nur um wirtschaftliche Maßnahmen handeln.

Auch solche wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen können aber nach § 18 nur wegen Nichterfüllung der Reparationsverpflichtungen verhängt werden.

Das britische Schatzamt erkannte dies in der Abschrift des anliegenden Schreibens vom 6. 1. ausdrücklich an. Auf Verstöße gegen die Bestimmungen über die **Kriegsschuldigten** oder die **Entwaffnung** ist die Bestimmung also **nicht** anwendbar. Ein Verstoß gegen die Reparationsverpflichtungen liegt nicht vor. Der Termin, an dem nach Artikel 235 ein Betrag von 20 Milliarden in bar oder Sachleistungen an die Alliierten abgeführt werden soll, trat noch nicht ein. Nach deutschen Schätzungen erreichten hierbei die deutschen Sachleistungen schon den vorgesehenen Betrag.

Keinesfalls könnte hier von einer vorsätzlichen Vertragsverletzung die Rede sein.

Die als zweite Sanktion angekündigte teilweise **Beschlagnahme des Kaufpreises deutscher Waren** würde schließlich der ausdrücklichen Zusicherung widersprechen, die die **belgische und britische Regierung** wegen des **Verzichts** auf die Anwendung des § 18 gegeben hat. Die Erklärungen der beiden Regierungen sind beigefügt. Einen entsprechenden Beschluß hat auch die italienische Regierung gefaßt, wie der deutsche Botschafter in Rom amtlich mitgeteilt hat. Die Maßnahme wäre also weder in Belgien noch Italien noch, soweit es sich um Bankguthaben handelt, die aus Warenkäufen entstanden, im Vereinigten Königreich zu ersehen.

Was die dritte Sanktion betrifft, so ist die Einführung einer eigenen **Zollordnung in den Rheinlanden** schon deshalb nicht anwendbar, weil der Artikel 270 des Friedensvertrages sie davon abhängig macht, daß sie zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Rheinlandbevölkerung für erforderlich zu erachten ist.

Der Ministerpräsident von Frankreich erkannte am 4. Februar in der Kammer an, daß es sich hier um eine über die Bestimmungen des Vertrages hinausgehende Maßnahme handeln würde.

Hinzu kommt, daß sich die alliierten Sanktionen garnicht zu dem Zweck eignen, die Erfüllung der angeblich verletzten Vertragsbestimmungen durchzusetzen. Die Alliierten erklärten offen, daß sie zur Gewaltanwendung schritten, weil sie den Eindruck gewannen, daß Deutschland sich den im Vertrage übernommenen Reparationsverpflichtungen **böswillig** entziehen wolle.

Sie beabsichtigen, mit Zwangsmaßnahmen Deutschland ihren Vorschlägen hinsichtlich der Art der Erfüllung der Reparationspflicht gefügig zu machen.

Diese Vorschläge sahen eine vom Vertrag abweichende Regelung der Frage vor. Eine Verpflichtung **zur Annahme der Vorschläge besteht daher nicht.** Die deutsche Regierung gab auch durch ihr Verhalten keinerlei Anlaß zu der Annahme, daß sie böswillige Absichten verfolge. Die Alliierten sprechen davon, daß sie sich bei ihrem Vorgehen durch die **Sorge** um den Weltfrieden leiten ließen.

Dieses Vorgehen ist aber selbst eine unverantwortliche Störung des Friedens.

Bei Errichtung des Völkerbundes, der die Beziehungen der Völker auf **Gerechtigkeit** und Ehre gründen, eine **gewissenhafte Beachtung der Verträge** sichern und dem Recht zur Herrschaft verhelfen soll, hatten die Bundesglieder die Aufrechterhaltung des Weltfriedens **als oberstes Ziel** im Auge. Die Völkerbundakte enthalten demgemäß in Artikel 17 auch für den Fall von Streitigkeiten zwischen den Bundesgliedern und solchen Staaten, die nicht zum Bund gehören, bestimmte Vorschriften, die die

Zuflucht zur Gewalt so lange verhindern sollen, als nicht alle Mittel einer friedlichen Lösung erschöpft sind.

Die deutsche Regierung, die die Völkerbundsakte mit unterzeichnete, richtet an den Völkerbundsrat das Ersuchen, die ihm obliegenden Schritte zur Einleitung des in der Akte vorgesehenen **Schlichtungsverfahrens** zu tun und dafür zu sorgen, daß **die von den Alliierten angewandten Gewaltmaßnahmen sofort aufgehoben werden.** Der deutschen Regierung genügt ihrerseits schon jetzt die Vorbedingung für die Durchführung des Verfahrens, indem sie **für dieses Verfahren die Pflichten eines Bundesgliedes auf sich nimmt.** Das Verfahren wird ergeben, daß Deutschland von dem ernsten Willen beseelt ist, den Vertragsverpflichtungen nach besten Kräften nachzukommen und keinen **Anlaß zu Friedensstörungen gab.**

Unglaublich.

Paris, 16. März. Dem Echo de Paris zufolge haben die Führer der **Unabhängigen**, die ungefähr 60 000 Arbeiter in der Umgebung von Düsseldorf zählen, sich den **interalliierten militärischen Behörden** freiwillig vorgestellt und erklärt, daß sie die **Besetzung Düsseldorfs** nicht als einen feindseligen **Akt** gegen das deutsche Volk ansähen, sondern als einen Schritt **ausübender Gerechtigkeit**, der durch die Tatsache hervorgerufen worden sei, daß der deutsche Kapitalismus sich weigere, die Schuld, die durch die Urheber des Krieges entstanden sei, auf sich zu nehmen. Sich stützend auf den tiefen Widerstreit zwischen den Arbeitermassen und den Alldeutschen hätten sie die Verbündeten gebeten, die öffentliche Freiheit zu achten. Es sei ihnen geantwortet worden: 1. die Freiheit der Presse würde aufrechterhalten unter Verantwortlichkeit der Leiter; 2. das Heer werde die Organisation von Volksküchen in die Hand nehmen, um die infolge des Streiks hungernde Bevölkerung zu ernähren; 3. die Lebensmittelzüge von Berlin würden pünktlich verteilt werden. In diesem Augenblick könne es für Frankreich nicht in Frage kommen, die Versorgung von 8 Millionen Rheinländern zu übernehmen. Die grüne Polizei, deren geheime Schriftstücke beschlagnahmt worden seien, solle auf 8000 Mann vermindert werden, welche hauptsächlich aus westelbischen Deutschen bestehen sollten. Man dürfe nicht vergessen, habe Oberst Denvignes gesagt, daß Düsseldorf das Zentrum der Tätigkeit der Thyssen, Stinnes und einer großen Zahl sonstiger Industrieller von monarchistischer und alldeutscher Richtung sei. Man müsse also auf antifranzösische Machenschaften gefaßt sein, um so wertvoller sei die freiwillige Unterstützung, welche die Arbeiterpartei den Verbündeten anbiete. Daß die Besetzung sich nur in einfachen Formen vollzog, habe uns die Sympathie der Bevölkerung gesichert. Die Sache koste aber viel Geld, wie sie nerzeit in Frankfurt, und das Ergebnis werde Null sein, wenn wir die Besetzung nicht vollständig machten durch entsprechende Maßnahmen bezüglich einer Zollgrenze.

Diese Mitteilung des Echo de Paris bedarf der Aufklärung. Es ist zwar bekannt, daß einzelne Führer der Unabhängigen in hoffnungsloser politischer Verbohrtheit und Großmannssucht oder auch aus dunklern Gründen die Gehilfte der Verbündeten betreiben; wir können indessen nicht annehmen, daß eine größere Zahl von Unabhängigen sich dem oben erwähnten Schritt, bei dem jedes Wort der Kritik zu viel ist, angeschlossen hat. Vertreten die Verbündeten etwa nicht kapitalistische Interessen? Die Unabhängigen erkundigen sich vielleicht einmal bei ihren Parteifreunden in Frankreich.

Zollgrenz-Vorbereitungen.

Die neue Zollgrenze.

Frankfurt, 15. März. Die französische Zollgrenze wird direkt vor den Toren Frankfurts errichtet werden und soll am 15. März in Funktionen treten. Wenigstens haben französische Offiziere dieses in Aussicht gestellt. Sowohl an der westlichen wie auch an der östlichen Grenze Frankfurts sind Stationen errichtet worden, denen neben Militär auch Zivilpersonen zugeteilt wurden.

WTB. London, 15. März. **Carson** schreibt im „Observer": Auch die neue Zollgrenze, die durch das Herz des industriellen Deutschlands geht, bedeutet eine Schädigung aller Aussichten auf die Wiederherstellung des Handels mit Mitteleuropa. In England seien bereits 200000 Arbeitslose, und das nenne sich zwei Jahre nach dem Waffenstillstand Frieden und Kompensationen.

„Morning Post" schreibt: Nach der Reichstagsrede des deutschen Ministers Simons und ihrer Annahme machte der Vormarsch der Alliierten **keinen Eindruck auf das deutsche Volk.** Das einzige Argument, das bei Deutschland überhaupt Eindruck machen könnte, sei das Argument der Gewalt.

Newyork, 15. März. Die „Chikago Tribune" berichtet aus Koblenz: Die Errichtung von Zollstationen der Alliierten im **amerikanisch besetzten Gebiet** würde es ermöglichen, eine ununterbrochene **Zollinie am Rhein** zu errichten. General **Allen**, der Befehlshaber der amerikanischen Truppen und Vertreter Amerikas in der Rheinland-Kommission, erklärte, dies Ergebnis werde sich voraussichtlich durch die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen erreichen lassen.

Briands Bericht in der Kammer.

Paris, 15. März. Briand hat es abgelehnt, dem Kammerausschuß für äußere Angelegenheiten diese Rede und Antwort zu stehen, bevor er in öffentlicher Kammersitzung die angekündigten Erklärungen über die Londoner Konferenz abgegeben habe. Er schrieb dem Vorsitzenden des Ausschusses Lenygues, daß er nach dieser öffentlichen Sitzung im Ausschuß für etwaige Fragen zur Verfügung stehen werde.

Die „Liberté" gibt Berichte wieder, nach denen **Stinnes und Thyssen** angeblich Unruhen in besetzten **Gebiet vorbereiten** und bemerkt dazu, die Verbindungen würden die Vertreter und Komplizen der beiden Schwerindustriellen als Geiseln betrachten und das Eigentum Thyssens und Stinnes im besetzten Gebiet als Kaution beschlagnahmen. Das wäre noch dem Blatt das wirksamste Mittel, um eine ungestörte Besetzung zu sichern.

Sie schieben mit deutschen Kohlen.

Nach zuverlässigen Nachrichten bestätigt es sich, daß tatsächlich ein Verkauf von deutschen Kohlen seitens Frankreichs und Belgiens nach Holland stattfand. Es soll sich um 450 000 Tonnen handeln. Es ist dies ein Beweis mehr, daß ein Kohlenmangel in Frankreich wie in Belgien nicht besteht.

Aus dem Reiche.

Der Geschäftsplan des Reichstags.

Berlin, 15. März. Der Aeltestenrat des Reichstags einigte sich auf den von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Wunsch, bei der Haushaltsberatung nur einen Redner vorzuschicken. Ausgenommen soll der Haushalt des Innern sein, bei dessen Beratung zwei Redner mit der Beschränkung auf eine Redezeit von dreißig Minuten zulässig sein sollen. Man hofft auf diese Weise die Haushaltsberatung bald zu Ende bringen zu können, wenn möglich, in dieser Woche abzuschließen. Der Wiedereintritt in die Beratungen nach der Osterpause ist noch nicht endgültig festgesetzt. Das Präsidium ist der Wunsch unterbreitet worden, vor dem 12. April nicht wieder zu beginnen. Im Hinblick auf die Verschiebung der Parteifeiertage wird nach der Osterpause auch eine Neubesetzung der Ausschüsse und des Präsidiums in Aussicht genommen. Von Mitgliedern der Linken ist vorgeschlagen, vier Vizepräsidenten zu wählen, damit den Unabhängigen der Vizepräsident verbleibt und die Deutsche Volkspartei einen solchen erhält, die ihrerseits wohl den Abgeordneten Dr. Riesser vorschlagen wird.

Dom 1. Juli an freie Bewirtschaftung der Kartoffeln.

WTB. Berlin, 15. März. Da die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln bereits seit August 1920 aufgehoben und eine Wiederholung des Systems der Kartoffellieferungsverträge nicht beabsichtigt ist, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft für den 1. Juli 1921 die Auflösung der Reichskartoffelstelle-Verwaltungsabteilung und das Außerkrafttreten einer Reihe auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung noch in Geltung befindlicher Verordnungen bestimmt. Die Auflösung der Reichskartoffelstelle-Geschäftsabteilung m. b. H. ist durch Beschluß der Gesellschafterversammlung für den gleichen Zeitpunkt festgesetzt worden. Von Beginn der Frühkartoffelernte an, wird hiernach der Verkehr mit Kartoffeln im Inlande von jeder reichsrechtlichen Regelung frei sein. Die Ein- und Ausfuhr von Kartoffeln über die Grenzen des Deutschen Reiches muß dagegen weiterhin von der Erteilung besonderer Bewilligung abhängig bleiben. Gleichzeitig ist auch die Bewirtschaftung der Kartoffelfabrikate und Kartoffelstärke-Erzeugnisse mit Wirkung vom 20. März 1921 an aufgehoben werden. Inwieweit im kommenden Wirtschaftsjahr eine Einschränkung der Verarbeitung von Kartoffeln in gewerblichen Betrieben erforderlich sein wird, kann zurzeit noch nicht übersehen werden.

Deutscher Reichstag

Berlin, 15. März.

Das Haus ist zu Beginn außergewöhnlich schwach besetzt, auch die Tribünen sind nur mäßig besetzt.

Am Regierungstische: Minister Koch.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten und gibt einen Gruß der Deutschen in Valparaiso bekannt, die sich fest hinter die Reichsregierung stellen.

Der zur ersten Lesung stehende

Haushaltsplan für 1921

geht an den Hauptausschuß. Die damit in Verbindung stehenden Gesetzentwürfe zur Aenderung der Zündwaren- und der Zuckersteuer sowie zur Verlängerung des Kohlensteuergesetzes und der Entwurf eines Süßstoffgesetzes gehen an den Steuerausschuß.

Die Aussprache des Reichsministeriums des Innern wird fortgesetzt. Präsident Löbe stellt fest, daß jeder Redner nur 50 Minuten Redezeit hat und daß man die Haushaltspläne für 1920—1921 noch in dieser Woche erledigen müsse. Nach den Osterferien soll verfahren werden, ohne die bisherige Hetzerei in geordneter Weise zu erledigen. Dann werden auch die Herren von der Presse die Verständigung am achtstündigen Arbeitstage besser verstehen. (Heiterer Beifall.)

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Soz.): Wir sind grundsätzlich gegen Reichsschulen und verlangen, daß die Kadettenanstalten den Ländern überlassen werden. Wir fordern eine Reichsaufsichtsstelle für das Schulwesen. Religion ist ein ordentliches Lehrfach. Da kann nur Disposition möglich sein, aber nicht politische Abmeldung. Die Auslegung des Artikels der Religion zum Wahlfach. Wir machen keine weiteren Schulkompromisse wie in Weimar. Die Bemühungen zur Schaffung einer Einheitskurzschrift sollen wieder aufgenommen werden.

Abg. Beuermann (D. Vp.): Wir hatten erwartet, daß sich die Reichsschulgesetzgebung zu einem Reichskulturamt entwickeln würde. Großzügige Kulturpolitik haben wir im Reiche noch nie erlebt. Die Form der Lehrerbildung ist die Vorbedingung der Einheitsschule. Dem Lehrerstand muß die Hochschule offenstehen. Auf dem Schulgebiete hätten wir wahrhaft Finanzpolitik mit Fliegerschnelligkeit leisten müssen, dann wären wir vor manchem Unheil bewahrt geblieben. Das Reichsschulamt muß mit der höchsten Autorität ausgestattet sein. Staatsbürgerkunde muß getrieben werden, aber im Sinne der Völkerversöhnung. Der körperlichen Entartung der Schuljugend muß größere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Der Religionsunterricht muß erhalten bleiben. Mit der Aufklärung über den Versailler Vertrag verfolgen wir keine chauvinistischen Zwecke. Wir können das Ganze lehren ohne den Völkerhaß. Unsere Kinder werden schon von selbst zu den Gefühlen kommen, die zur Aufrechterhaltung des Deutschtums notwendig sind.

Staatssekretär Schulz: Im Gegensatz zu früher drängen alle politischen Parteien auf kulturelle Fortschritte. Aber die Verarmung des Reiches hirt hindernd im Wege. Die Reichsschulkonferenz hat viel Material für die Schulgesetzgebung der nächsten Jahre gebracht. Eine Wiederholung ist nicht geplant. Von Zeit zu Zeit sollen Fachausschüsse einberufen werden. Die Förderung der Lehrerbildung ist immer noch auf den Kosten gescheitert. Hoffentlich werden die Bedenken der Finanzverwaltung überwunden. Beim Berufsschulgesetz stehen noch die Einsprüche einiger Länder aus. Das Jugendwohlfahrtsgesetz ist heute dem Reichstag zugegangen. Das Schulpflichtgesetz ist in Vorbereitung. Der Plan eines Reichskulturamtes wird erwogen. Der erste Versuch eines Einheitsschulgesetzes ist nicht geglückt. Eine Reichsschulstatistik haben wir eingeleitet. Großzügig konnte die Kulturpolitik aus Mangel an Mitteln nicht sein. Der Wille aber ist da. (Beifall.)

Abg. Dr. Löwenstein (Unabh.): Dem Ministerium fehlt die aus der Zeit heraus geborene Idee und die Entschlußkraft für ihre Durchführung. Der Bourgeoisie stellen wir die Einheitsfront des Proletariats entgegen.

Abg. Slokowski (Dem.): Heute muß mehr denn je unsere Jugend zum Bewußtsein der Pflicht erzogen werden. Wir wünschen eine Schule von wahrhaft nationaler Art. Wenn wir dem Grundgedanken der Einheitsschule zustimmen, dann werden wir auch der Schwierigkeiten Herr werden.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Am Sonntag ist die Abstimmung in Oberschlesien. Arbeiter und Beamte, die sich für Polen eingesetzt haben, sind Maßregelungen, wenn Oberschlesien deutsch bleibt, was wir alle hoffen.

Reichsminister des Innern Koch: Die Reichsregierung weiß eine Politik der Rache und Verfolgung weit von sich. Dadurch unterscheiden wir uns von Herrn Kahr, der den Bremsen, die sich für Deutschland eingesetzt haben, Rache angedroht hat. (Hört! Hört!) Wenn Oberschlesien wieder deutsch ist, dann soll nach der furchtbaren Depression eine Zeit der Heilung der Verstimmung und der gegenseitigen Achtung wiederkommen. Deutschland und Polen sollen friedlich zusammenwohnen. Ich erkläre feierlichst, daß alles zurückgewiesen wird, was der Verstimmung entgegenwirken könnte. (Beifall.) Der Minister beantwortet einzelne Anfragen. Bezüglich der politischen oder negativen Erklärungen beim Religionsunterricht gibt der Wortlaut der Verfassung keine bestimmten Richtlinien. Es möge sein, wenn die Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen wollen, eine Erklärung abzugeben hätten. Da, wo ein Verfassungsbruch nicht verhindert, nicht eingeschritten werden. Die Pflichtstunden im Haushalt sind höher als die Kulturstunden, weil an die Länder Zuschüsse geleistet werden müssen. Es handelt sich dabei um Ersatz für Turnhallen usw. Die äußerste Linke hat es in der Hand, diese Unkosten zu verringern. (Beifall.) Der notleidenden Kunst und Wissenschaft muß geholfen werden. Hier soll das ganze Volk mitwirken.

Abg. Frühling (Komm.): Die Erklärung des Ministers in der oberschlesischen Frage wird in der Bevölkerung Heiterkeit hervorrufen. Die alte Regierung hat die polnische Bevölkerung ausgepländert. (Große Entrüstung rechts. Pfuirufe.) Ein parlamentarisch noch nicht verhandelter Mord muß über diese Verhandlungen hier Licht empfinden. Die Sozialdemokratie trägt das Kainszeichen an ihrer Stirn.

Abg. Ledebour (Unabh.) berichtet über die Tätigkeit einer kommunistischen Mördercentrale. Man habe einen gestrauchelten Mann gedungen und ihn, den Abg. Ledebour ermorden lassen wollen, ebenso wie es mit Haase geschehen sei. (Lärm bei den Kommunisten.) Die Tatsachen stehen fest und sind nicht zu bezweifeln. Wir lehnen den Terrorismus der Kommunisten ab und verurteilen diese Moskauer Methode. (Ernestes Lärm bei den Komm. und beschimpfende Zurufe.) Wir erwarten von dem gesunden Sinn der deutschen Arbeiter, daß sie sich von den Terroristen abwenden werden.

Abg. Levi (Komm.): Auch ich habe Briefe erhalten wie Ledebour und habe sie in den Papierkorb geworfen. Die ganze kommunistische Mördercentrale ist lediglich ein Phantasieprodukt des Abg. Ledebour. Wenn der Abg. Ledebour seine Andeutungen über die Mörder des Abg. Haase entsetzt erhält, dann werde ich ihr einen ziemlich Deutlichen.

Abg. Wolf-Hofmann (Komm.): Ledebour hat die verletzende Pflicht, die Leute, die er anklagt, mit Namen zu nennen. Es will aber nur das Ansehen seiner Partei in den Schmutz ziehen.

Damit schließt die Aussprache.

Zur Geschäftsordnung erhebt der Abg. Schiffer (Dem.) Einspruch gegen den Mißbrauch der mit der Beratung des Reichstages hier getrieben wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Levi (Komm.) erklärt, er hätte diese Fragen vorbringen müssen, weil der demokratische Minister Koch Untersuchungen angeordnet habe.

In der Abstimmung wird der Antrag Ledebold (Unabh.), die Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren schleunigst durchzuführen und dem Reichstag die Noten vorzulegen, die zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung gewechselt worden sind, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten angenommen, da die bürgerlichen Parteien sehr schwach vertreten sind.

Der Antrag, einen Gesetzentwurf einzubringen zur Regelung des Verfahrens beim Volksentscheid wird ebenfalls angenommen, ebenso der Antrag auf Befreiung der Schuldigen an der Verhaftung der Abgeordneten Colahorn und Schiele.

Abg. Kniest (Dem.) begründet dann eine Entschließung, die sich gegen die Kommunalisierung richtet.

Abg. Ikenmann (Ztr.) fordert gleichfalls die Förderung des selbständigen Mittelstandes und bekämpft die Kommunalisierungsbestrebungen.

Um 6½ Uhr teilt Vizepräsident Bell mit, daß sich für die Spezialberatung bisher 33 Redner zu Wort gemeldet haben. (Hört! Hört!) Der Vizepräsident bittet um weise Beschränkung, weil der Etat heute noch verabschiedet werden soll.

Abg. Heide (Unabh.) ersucht um Ablehnung der Entschließung Kniest. Nicht die Kommunalisierung bedrohe den Mittelstand, sondern das Großkapital.

Abg. Hammer (Dn. Vp.) begrüßt die Entschließung Kniest und spricht die Hoffnung aus, daß eine bürgerliche Mehrheit das Kommunalisierungsgesetz in den Orkus befördern werde.

Abg. Havemann (D. Vp.): Der Kommunalisierungsgedanke wird von Jahr zu Jahr mehr zu Grabe getragen. An die Stelle der bereits vollzogenen Kommunalisierung sollten gemischte Betriebe treten. Einzelne städtische Betriebe, die sich bewährt haben, müssen bestehen bleiben. Der Antrag Kniest entspricht diesem Wunsche.

Der Antrag Kniest-Schiffer wird gegen die Linke angenommen, ebenso eine Reihe weiterer Artikel und Titel.

Abg. Wulle (Dn. Vp.) appelliert an alle Parteien, den Kampf gegen die Schundliteratur gemeinsam aufzunehmen. Er protestiert im besonderen gegen die „Religionsaufführung". Wir müssen eine Partei der Anständigen bilden. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) begründet eine Resolution, in welcher eine Denkschrift über die Leibesübungen und körperliche Ertüchtigung gefordert wird.

Abg. Dr. Löwenstein (Unabh.): Man muß den Ursachen der heutigen Erscheinungen nachgehen. Viele Anträge laufen auf antisemitische Hetze hinaus.

Reichsminister Dr. Koch: Mit dem Vertreiben Schund- und Schundliteratur von unseren Kindern fernzuhalten, bin ich einverstanden. Die Aufgabe werde zurzeit in der Kultusabteilung des Ministeriums bearbeitet. Demnächst werde er in einer Denkschrift dem Hause entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Die Entschließung Dr. Schreiber (Ztr.) und Genossen wegen einer Denkschrift über den Stand der körperlichen Erziehung und den zur planmäßigen Förderung der Leibesübungen getroffenen Maßnahmen wird angenommen.

Sämtliche Artikel und Anträge, die auf die Frage des Religionsunterrichts sich beziehen, werden miteinander verbunden.

Abg. Dr. Luther (D. Vp.) wendet sich gegen die unerhörte Entschließung in der Frage des Religionsunterrichts.

Abg. Frau Dr. Matz (D. Vp.) befürwortet die Entschließung, die Jugend in das Verständnis für den Versailler Friedensvertrag einzuführen.

Abg. Frau Dransfeld (Ztr.) erwartet von einer wochenlangen Klagestellung des Filmwesens einen volkserzieherischen Einfluß. Die Aussetzung von 100 000 Mark ist zu wenig. Andererseits liegt kein Anlaß vor, eine einzelne Organisation, wie den in der Entschließung genannten Bilderbühnenbund hier von der Tribüne des Reichstages aus als die allein maßgebende Instanz zu bezeichnen. Die weiteren Ausführungen gelten dem Kampf gegen die Hinterlassenschaft.

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

37) (Nachdruck verboten.)

Heinz zögerte. Er hatte das nicht erwartet und nicht gewünscht. So sehr er sich nach Aufklärung und der Kenntnis der Wahrheit sehnte, wollte er doch nicht noch weiter in die Angelegenheit hineingezogen werden. Vor allen Dingen war ihm dieser Paul Martens im höchsten Grade zuwider, der für nichts anderes Interesse hatte als für das Geld seines ermordeten Bruders.

Aber er entschied sich dann zur Erleichterung des Herrn Martens doch dafür, ihm seine Begleitung zuzusagen. Er erwog bei sich, daß es am Ende besser war, er behielt diesen Burschen, der bei aller an den Tag gelegten Stupidität ganz gescheit sein, in den Augen, um ihn, wenn es not tat, von diesem oder jenem zurückzuhalten.

„Ich will also mit Ihnen gehen, habe aber zu meinem Bedauern heute keine Stunde mehr frei," sagte er. Der Rechtsanwalt hat von zwölf bis drei Uhr seine Sprechstunde, und Sie sehen, daß es bereits zwölf Uhr ist. Ueber meinen Nachmittag bin ich bereits verfügt. Wir werden den Gang also auf morgen verschieben müssen."

„Ich will Sie gewiß nicht drängen. Ihre Liebenswürdigkeit ist ohnedies groß genug", versicherte ihm Martens, „Aber sehen Sie, ich habe hier wirklich keinen Menschen sonst, an den ich mich halten könnte, und da ich die Verhältnisse so gar nicht kenne, hätte ich ohne Sie nicht gewußt, was ich hätte beginnen sollen".

Sie verabredeten die Stunde, zu der Martens Hollfelden aus seiner Wohnung abholen sollte, und mit Erleichterung, daß er der Gesellschaft des widerwärtigen Burschen wenigstens für heute ledig war, schlug Heinz den Heimweg ein.

13. Kapitel.

Es war um die vierte Nachmittagsstunde des nämlichen Tages, als Doktor Gregor Dombrowski abermals das neuerdings zu so zweifelhafter Berühmtheit gelangte Haus in der Stanislastraße betrat. Aber sein Besuch konnte diesmal unmöglich dem jungen Schriftsteller gelten, der sich, wie er wissen mußte, um diese Zeit immer im Klub aufhielt. Und in der Tat schritt er an Hollfelders Wohnungstüre im ersten Stockwerk vorüber, ohne stehen zu bleiben, und erst in der darüber gelegenen Etage drückte er auf den Knopf der elektrischen Klingelleitung. Eine halbe Minute später wurde die Tür von drinnen geöffnet, und ein häßliches Männergesicht lugte heraus.

„Zu wem wünschen Sie, mein Herr?"

„Zu Herrn Martens."

„Wenn Sie den Martens meinen, der bis vor einigen Monaten hier gewohnt hat — —"

„Nein, nicht ihn, denn ich weiß, daß er nicht mehr unter den Lebenden weilt. Aber man sagte mir, daß die von ihm innegehabten Zimmer seit heute von seinen Erben, Herrn Paul Martens, bewohnt würden."

„Ganz recht! Wenn es der ist, den Sie sprechen wollen — er sitzt vor Ihnen."

„Mein Name ist Dombrowski — Doktor Dombrowski. Wollen Sie mir eine Viertelstunde schenken, Herr Martens?"

Der kleine, häßliche Mensch starrte ihn noch ein paar Sekunden lang, ehe er sich entschloß, ihm den Zutritt in die Wohnung freizugeben. Offenbar fühlte er sich in der Behandlung seines ermordeten Bruders nicht so recht sicher, und hatte sich vorgenommen, etwaigen Besuchern gegenüber auf seiner Hut zu sein. Während er dem anderen durch eine elektrische Leitung bedeutete, in das Wohnzimmer einzutreten und ihm dann dahin folgte, war er immer darauf bedacht, einen Abstand von mehreren Schritten zwischen sich und ihm zu lassen, und auch der Ton, in welchem er fragte, womit er dienen könne, war kein angenehmer. Mißtrauen klang deutlich durch.

„Was mich zu Ihnen führt, Herr Martens, ist lediglich mein Interesse an der Aufklärung der Verbrechens, dem Ihr ermordeter Bruder zum Opfer fiel."

„Ah, Sie haben ihn also gekannt?"

„Nein. Meine Teilnahme für ihn datiert erst seit dem Belanntwerden seines traurigen Todes."

„So sind Sie vielleicht von der Polizei?"

„Nicht eigentlich. Ich bin ein Privatmann ohne Amt und Würden. Sie wollen, ohne daß unten Bericht. Aber ich habe die Aufgabe gestellt, den Urheber wie den Tätern dieses Verbrechens auf die Spur zu kommen. Und ich hoffe, auf Ihre Unterstützung rechnen zu dürfen."

„Selbstverständlich! Das heißt — ich müßte doch wohl erst wissen, wie Sie dazu kommen — —"

„Meine Motive könnten Ihnen eigentlich gleichgültig sein. — Nehmen Sie an, ich täte es aus einer Art Wahrheitsfanatismus oder aus besonderer Vorliebe für die Ergründung anscheinend unergründlicher Geheimnisse. Für Sie ist das meinerseitige doch wohl nur, daß dabei jedes materielle Interesse auf meiner Seite vollständig ausgeschlossen ist, und daß ich für me ne treulosige Tätigkeit keinerlei Entschädigung verlange, gleichviel, ob sie von Erfolg gekrönt sein wird oder nicht."

Diese Erklärung und die ruhige, selbstverständliche Sicherheit in dem Auftreten des Fremden verfehlten ihre Wirkung auf Paul Martens nicht. Noch einmal ließen seine blinzelnden Augen einen raschen, forschenden Blick über die Erscheinung des Doktors hingleiten, dann entschloß er sich, ihm einen Stuhl anzubieten.

„Wollen Sie also gefälligst Platz nehmen, mein Herr. Es ist übrigens merkwürdig, daß Sie von meinem Hiersein wissen. Woher haben Sie denn erfahren, daß ich meines Bruders Wohnung bezogen habe?"

„Ich habe gewisse Verbindungen mit der Polizei, die mich über alles unterrichtet, was auf diese Angelegenheit Bezug hat. Aber ich sage Ihnen das in strengstem Vertrauen, denn es könnte mir sehr unerwünscht werden, wenn andere Kenntnis davon erhielten. Sie selbst hegen, wie ich gehört habe, keinerlei Vermutungen in bezug auf die Person oder die Beweggründe des Mörders?"

„Wie sollte ich, da ich doch nicht die leiseste Ahnung habe, wie mein Bruder hier gelebt hat und mit wem er verkehrte. Sie aber, mein Herr, haben Sie vielleicht schon einen Verdacht?" (Forts. folgt.)

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) begründet den Antrag, 20 000 Mark für die Beschaffung einer pädagogischen Auskunftsstelle zu bewilligen.

Abg. Dr. Löwensiela (Unabh.) führt Beschwerde darüber, daß in vielen Volksschulen monarchistische Propaganda getrieben werde. Der Antrag Dr. Mayer (Friedensvertrag als Lehrgegenstand) sei überflüssig und schädlich. Der Religionsunterricht müsse als Lehrgegenstand verschwinden.

Um 9¼ Uhr macht Vizepräsident Dietrich darauf aufmerksam, daß noch zwölf Redner anzuhören sind.

Vom Zentrum ist ein Antrag eingegangen, der in Gegensatz zum Antrag Löwenstein nicht die Abschaffung des Religionsunterrichts vorsieht, sondern das Fernbleiben vom Religionsunterricht von einer Genehmigung abhängig macht. Die Abstimmung über diesen Antrag wird auf morgen vertagt.

Nachdem noch eine Anzahl Redner vor fast leerem Hause zu Wort gekommen ist, wurde in der 11. Stunde die nächste Sitzung auf Mittwoch 1 Uhr anberaumt.

•

WTB. **Berlin**, 15. März. Der Steueraussschuß des Reichstages wurde ein Antrag **ten Hompel** (Ztr.) annehmen, der den Zweck hat, Aufwendungen für Kleinwohnungsbauten steuerlich zu begünstigen. Ferner über den Dauerwert hinausgehenden Mehraufwendungen sollen für das Steuerjahr, in dem sie gemacht sind, bei der Veranlagung in Abrechnung gebracht werden können.

Osterferien des Reichstages.

Berlin, 15. März. Wie die „Deutsche Allg. Ztg." parlamentarischen Kreisen erfährt, wird der Reichstag sich voraussichtlich ein Diäten bis 22. März vertagen und am 12. April wieder zusammentreten.

Der neue Westfälische Provinziallandtag

ist am Sonntag in Münster zu seiner ersten Tagung zusammengetreten. Er zählt 134 Abgeordnete, die sich verteilen dürften auf Zentrum 50, Rechtssozialdemokraten 31, Deutsche Vereinigung (die vereinigten Fraktionen der beiden Rechtsparteien, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale) 30, Demokraten 6, Unabhängige 6, Polen 2, Kommunisten 10.

Die erste Tagung war gut besucht. Allem Gebrauch entsprechend ging der Eröffnung ein feierlicher Gottesdienst voraus.

Die erste Sitzung leitete Oberpräsident Dr. Wuermeling namens der Staatsregierung mit einer Ansprache ein, in der er auf die Zeit schwerster vaterländischer Not hinwies, der schwergeprüften rheinischen Nachbarprovinz gedachte und der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß die Heimatprovinz Westfalen treu und mit Zähigkeit festhalten werde an dem, was die deutsche Regierung für Recht erkannt hat. Lebhafte Beifallskundgebungen begleiteten seine Ausführungen.

Das Alterspräsidium übernahm sodann der bekannte Zentrumsveteran Oekonomierat **Herold**. Auch er versicherte den Rheinlanden die Anteilnahme des Landtages und erklärte im Namen des Hauses, daß Beifälle die Reichsregierung in ihrer ablehnenden Haltung gegen die unerfüllbaren Forderungen unserer Gegner unterstützen würde.

Von den **Kommunisten** wurde gegen diese Ausführungen protestiert, was stürmische Entrüstung und große Tumultszenen hervorrief. Nur mit Mühe gelang es der Präsidentin Ruhe zu schaffen. Als sich die Wogen geglättet hatten, stellte sich der Rechtssozialist Schlick hinter die Erklärung des Abg. Herold und erhob entschieden Protest gegen die Ausführungen der Kommunisten. Der Unabhängige Oettinghaus erklärte, die Sache „gemütlicher" als die Kommunisten machen zu wollen, verwahrte sich aber gegen Verletzungen im Namen des Hauses, zu denen seine Partei nicht die Zustimmung gegeben habe.

Die Wahl des Büros vollzieht sich dann glatt und ohne Zwischenfälle. Präsident wird der Abg. Oberregierungsrat Hamm (Recklinghausen) (Zentr.)

Von den 14 Mitgliedern im **Provinzialausschuß** verteilen nach dem **Stärkeverhältnis** auf das Zentrum 6, auf die Rechtssozialisten 4, auf die in der Deutschen Vereinigung zusammengeschlossene Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volksparteil 3 und auf die Kommunisten 1.

Von den neun zum **Staatsrat** zu wählenden Mitgliedern entfallen auf das Zentrum 4, Deutsche Vereinigung 2, Rechtssozialisten 3.

63. Westfälischer Provinziallandtag.

Münster, 14. März.

Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen stark besucht. Auf der Tagesordnung steht:

Prüfung der Wahlen der Abgeordneten.

Berichterstatter Dr. Barlscher (Ztr.): Es handelt sich bei der Wahl des Abg. Herm. bezw. Friedrich Wachtke (Komm.) um ein und dieselbe Person. Der Provinziallandtag hat daher als neues Mitglied des Hauses den Bergmann **Borschmüller** (Hütz) berufen.

Der Antrag auf Abänderung der **Viehseuchenentschädigungssatzung** wird angenommen. Der Antrag auf Abänderung der Vorlage zur Ausführung des Gesetzes betr. die öffentliche Krüppelfürsorge vom 6. Mai 1920 wird nach kurzer Aussprache auf Antrag Benfing dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Abg. Dr. **Stapenhorst** (D. Vp.) begründet die Vorlage des Provinzialausschusses betreffend Uebernahme einer weiteren Stammeinlage von 324 000 Mark bei dem **Elektrizitätswerk Minden, G. m. b. H.** Das Gesetz wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Des weiteren wird die Vorlage angenommen zur **Uebernahme von 180 000 Mark Nennwert Vorzugsaktien des Kraftwerks, A.-G.**, mit Wirkung vom 1. Oktober 1920. Es entspinnt sich eine längere Aussprache, Schließlich wird der Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen angenommen.

Abg. Dr. **Schmitt-Siegen** (Soz.) erläutert die Vorlage des Ausschusses betr. Bewilligung einer Beihilfe von 20 000 Mark an den Westfälischen **Herbergsverband** zur Verteilung an bedürftige mit Wanderarbeitsstätten verbundenen Herbergen. Die Kommunisten und Unabhängigen lehnen den Antrag ab. Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen. Darauf wird die Sitzung für eine halbe Stunde vertagt.

Nach Eröffnung der neuen Sitzung berichtet

Abg. Oberbürgermeister Dr. **Elchhoff** (D. Vp.) über die Vorlage des Ausschusses betr. die

Neuwahl des Provinzialausschusses.

Zur Vorlage sind einige Abänderungsanträge eingegangen, insbesondere daß die Wahl der Mitglieder und Stellvertreter bezw. Ersatzleute in einem Wahlgang vorgenommen wird. Die Vorlage und die Abänderungsanträge werden angenommen. Es wird dann sofort die Wahl getätigt. Es sind fünf Wahlvorschläge eingegangen. Abgegeben werden 131 Stimmen. Gewählt werden als Mitglieder vom Zentrum: Frhr. v. Oer, Redigor, Schönklaes, Lensing, Hötte, Dr. Haßlinde, von, den Mehrheitssozialisten Wehlich, Brenig, Rauschenberg, von den Demokraten in Listenverbindung mit den Sozialdemokraten Cuno, von der Deutschen Vereinigung Dr. Elchhoff, von Lebedur und Müller (Kastrop), von den Kommunisten Stolzenburg. Der Vorsitzende des alten Provinzialausschusses Dr. **Elchhoff** wird wiedergewählt, als Stellvertreter Abg. Rauschenberg.

Es folgte noch die Annahme der Vorlage betr. Beteiligung des Provinzialverbandes an der Unterstützung **notleidender Kleinbahnen.**

Darauf wird die Sitzung gegen 9 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung: Dienstag nachmittag 4 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Wahlen zum preußischen Staatsrat und kleinere Vorlagen.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 16. März.

Der letzte Abstimmungszug für Oberschlesien.

fährt am morgigen Donnerstag von Hagener Hauptbahnhof ab. Er ist bestimmt für alle Abstimmungsberechtigten aus den Kreisen Ramslau, Kreuzburg, Lublinitz, Tarnowitz, Oppeln, Groß-Strehlitz, Lost-Gleiwitz. Mit diesem Zuge müssen auch die Nachzügler fahren, da es die letzte Möglichkeit ist, noch rechtzeitig zur Abstimmung einzutreffen. Die Abstimmungsberechtigten sammeln sich diesmal im Kaisersaal, also nicht in der Lesehalle; die Auswärtigen (aus den Ortsgruppen Halpe, Wetter, Herdecke, Gevelsberg, Hohenlimburg-Letmathe und Volmetal) müssen sich schon vormittags 10 Uhr im Kaisersaal in der Elberfelderstraße (gegenüber dem Theater) einfinden. Es ist unbedingt nötig, daß jeder zu der angegebenen Zeit da ist, da es sonst unmöglich ist, mit der Auszahlung der Reisebeihilfen und den übrigen Arbeiten, die noch vor der Abfahrt zu tun sind, fertig zu werden. Damit es jedem möglich ist, rechtzeitig zusammen, werden diesmal alle, die abfahren, vorher im Kaisersaal verpflegt, und zwar mit Erbsen und Bohnensuppe mit Wurst ausgegeben; es ist genügend da, so daß jeder satt wird; die Hausfrauen brauchen also nicht zu kochen. Es wird aber daran erinnert, daß jeder auf die Reise Eßgeschirr mitnimmt, vor allem einen Teller, Messer und Gabel und einen Trinkbecher. Für Frauen mit Säuglingen wird hier frische Milch ausgegeben und es ist dafür gesorgt, daß sie auch unterwegs Milch erhalten. Der Abmarsch vom Kaisersaal erfolgt um 1 Uhr mit Musik durch die Elberfelder- und Kolserstraße. Kranke werden mit Wagen abgeholt.

•

— **Zeichen- und Handarbeitsausstellung der höheren Mädchenschule.** In der höheren Mädchenschule hatten sie eine kleine, feine Ausstellung. Es ist von Kinderhand, was da zu sehen war, aber wir staunen, was diese kleinen Kinderhände unter guter Leitung fertig bringen können. Zeichnungen und Handarbeiten werden uns hier in hübscher Gruppierung vorgeführt und zwar Arbeiten von den Kleinsten in der 7. Klasse bis zu denen von Schülerinnen der 1. Klasse, die schon einen ausgebildeten, künstlerischen Geschmack verraten. Das was uns bei den Zeichnungen der Kleinen am meisten auffiel, waren die „Strichmännner." Bei der Herstellung dieser „Strichmänner" lernen die Kinder selbst zu beobachten. An einem lebenden Modell werden ihnen die Linien des Körpers klar gemacht, und dann geht es für sie, einen solchen Körper durch einfache Striche selbst zu schaffen, die Bewegung des Körpers aus sich selbst heraus wiederzugeben. Haben die Kinder dies erfaßt, dann werden die Strichmänner gruppiert. Dazu werden Märchen in der Klasse aufgeführt, und die Kinder müssen den Heupleindruck im Bilde wiedergeben. Dabei ist Gruppierung und Stellung der Gestalten den Kleinen ganz überlassen, und wir bewundern es, wie sie den Ausdruck des Spiels, Schmerz oder Freude, wiedergeben können. Das Wertvolle an diesem Unterricht besteht in dem Arbeiten zum richtigen Sehen und Beobachten und in dem eigenen Schaffen, das hier angeregt wird. Die Kinder geben auf dem Papier keine fremde Auffassung wieder, nur das zeichnen sie, was sie durch Selbsterleben erfaßt haben. — Dieses Selbstschaffen prägt sich noch mehr aus in den Arbeiten der oberen Klassen, deren Ursprünglichkeit uns auffällt. Wir sehen hier geschmackvolle Entwürfe zu Bucheinbänden, schöne Buchzeichen und fein ausgeführte Märchenbilder, alles eigne Entwürfe des Schülerinnen. — Dieselbe Art des Schaffens finden wir bei den Handarbeiten, und wir wissen nicht, was wir hier mehr bewundern sollen, die sorgfältige Ausführung, die geschmackvollen Entwürfe oder die Kunst, mit der aus alten Sachen neue erstanden sind. Aus alten Stoffresten wurden Beutel hergestellt, die gefärbten Klappen eines Soldatenmantels gaben ein geschmackvolles Sofakissen, aus einer alten Schürze entstand eine neue in anderer Form und manch Fleckchen und Bändchen, das im Lauf der Jahre seine Farbe eingebüßt hatte, erstand durch geschicktes Färben oder Bemalen zu neuer Schönheit. Bei all diesen Dingen haben die Schülerinnen nur ihre eigenen Ideen verarbeitet, und das macht diese Arbeiten so wertvoll. — Daß auch andre Neigungen zu ihrem Recht kommen, zeigen uns die Papp- und Laubsägearbeiten. Auch hier wieder sind die Schülerinnen dazu geführt worden, neue Formen zu erfinden und neben der Zweckmäßigkeit auch der Schönheit zu ihrem Recht zu verhelfen — Bei den kleinsten Arbeiten wurde so das eigene Nachdenken und Erfinden angeregt, die kleinen gehäkelten Decken hatten nicht nur ihren Wert durch die saubre Ausführung sondern auch durch die von den Schülerinnen gefertigte Arbeit bei der Zusammenstellung des Musters. Alles was wir hier sahen, war von den Schülerinnen selbst entworfen, und wir konnten an dieser Ausstellung so recht sehen, was auch schon Kinder an Eigenem leisten können, wenn sie nur richtig dazu angeleitet werden.

— **Bezirksverband der freiwilligen Sanitätskolonnen.** Zwecks Konstituierung eines Bezirksverbandes der Freiwilligen Sanitätskolonnen der Kreise Hagen-Stadt, Hagen-Land und Schwelm fand am Samstag den 12. ds. Mts. im Hotel Limmelschloß in Hagen ein Abgeordnetentag statt. Der Kolonnenarzt-Inspekteur Sanitätsrat Dr. Hunsbicker Hohenlimburg begrüßte die Anwesenden und führte die zur Beendigung der Vorstandswahl. Nach Durchberatung der Normalsatzungen für die Bezirksverbände wurden dieselben mit geringen Abänderungen einstimmig angenommen. Der neue Bezirksverband führt den Namen Hagen-Schwelm. Die hierauf erfolgten Wahlen zum Vorstande hatten zum Ergebnis 1. Vorsitzender: Amtmann Schneider Vorhalle; 2. Vorsitzender Bürgermeister a. D. Wortmann Hagen; Schriftführer: Verw. Assistent Kattchoff Vorhalle; Schatzmeister: Stadtsekretär Frohwein Herdecke. Als Beisitzer: 1. Hauptlehrer Wenker Schwelm; 2. Dr. med. Drowatzki Wetter; 3. Justizrat Dr. von Manger Hagen; 4. Bauunternehmer Platte Hagen; 5. Dr. med. Reichhauer Lange. Feld; 6. Rektor Grimewälder Gevelsberg. Nach den interessanten Ausführungen des Sanitätsrats Dr. Hunsbicker über Einschränkung der Sanitätskolonnen durch die Berufsgenossenschaften sowie über die Aufgaben des neuen Verbandes wurde die Versammlung geschlossen.

— **Die Milchvereinigung Gevelsberg und Umgegend** hat in der Milchervorsammlung in Gevelsberg-Vogelsang am Sonntag beschlossen, jeden zweiten Sonntag im Monat, morgens 9½ Uhr, bei Frau Heukeroth-Jen eine Mitgliederversammlung abzuhalten. Außerdem findet in demselben Lokal jeden Donnerstag abend von 7½—8 Uhr für die Milcher aus Vogelsang und Umgegend Beratung und Auskunft statt; solche Beratungsstelle ist für Gevelsberg und Umgegend jeden Montag abends 6—8 Uhr in einem Zimmer im Gewerkschaftshaus, und jeden Dienstag, abends 6—8 Uhr bei Ernst Müller, Hohlinghauser Str. 99. Sämtliche Milcher, welche jetzt schon über die Höchstmilch gesteigert worden sind, d. h. welche über 20 Prozent und mehr als 1. Juli 1914 bezahlen müssen, wollen dieses in Vogelsang am Donnerstag abend in der Sprechstunde, in Gevelsberg ebenfalls am Donnerstag, den 17. ds. Mts. abends 6—8 Uhr im Gewerkschaftshaus beim Vorstand anmelden. In Gevelsberg finden die Milcherversammlungen jetzt regelmäßig am ersten Sonntag im Monat, morgens 9½ Uhr bei Jul. Schilken, statt. Neue Anmeldungen zum Beitritt nehmen die Vorstandsmitglieder gerne entgegen, in den Versammlungen werden stets neue Mitglieder aufgenommen.

•

* **Milspe**, 15. März. Die Amtsvertretung faßte in ihrer letzten Sitzung folgende Beschlüsse. Grundsätzlich ist man bereit, sich mit der Ortsgemeinde an der Gründung eines Kinderverschickungsheimes auf der Insel Borkum zu beteiligen. Wegen der Größe des Planes und der hohen Kosten erscheint es aber richtiger, wenn der Kreisverband die Angelegenheit in die Hand nimmt. — Die Sparkassenüberschüsse von 1919 in Höhe von 20 250 Mark sollen für allgemeine Wohlfahrtszwecke verwandt werden. — Die anteiligen Kosten für die Aufrechterhaltung des Fernsprech-Nachtdienstes werden für 1 Jahr übernommen. — Die Besoldungsordnung für die Angestellten und Beamten des Amtes bedarf einer Aenderung mehr formeller Art. Der bieszügl. Entwurf wurde genehmigt. — Die erhöhten Beiträge für die Feuerwehr-Unfall-Hülfskasse sowie der Beitrag für die Geschäftsstelle des Westfäl. Feuerwehr-Verbandes wurden auf die Amtskasse übernommen. — Dem Verein „Deutsche Davos" in München tritt die Amtsverwaltung als Mitglied bei. — Den Amtsbeamten soll die in der Heimat verbrachte Kriegszeit in gleicher Weise angerechnet werden, wie den Reichs- und Staatsbeamten. Den Veteranen aus den früheren Kriegen und deren Witwen wird, sofern sie bisher die Weihnachtsbeihilfe erhielten, aus Anlaß des 50jährigen Reichsgründungstages eine Ehrengabe von 150 Mark bewilligt. — Für den Umfang des Amtsbezirks soll vom 1. 4. 1921 ab die Berufsnormenhandschrift ins Leben gerufen werden. — Die anteiligen Kosten für die ins Leben zu rufende Verwaltungsbeamtenschule des Kreises Schwelm werden bewilligt. — Der Gefangenenfürsorge des Roten Kreuzes wird eine Gabe von 100 Mark bewilligt. — Für die Warenbeschaffung der hies. Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten wird ohne Lieferfirma gegenüber eine Bürgschaft von 50 000 Mark bis zum 31. 3. 1922 unter der Bedingung übernommen, daß die Kriegsbeschädigten für die Dauer der Bürgschaft ihre Renten an das Amt abtreten. — Die engere Amtsvertretung erklärte sich mit dem Erlaß des im Entwurf vorgelegten Ortsgesetzes über die gewerbl. Fortbildungsschule einverstanden. Die Aenderungen gegen die bisherige Ordnung betreffend hauptsächlich die Einführung der Schulpflicht für die weibliche Jugend und die Erhöhung der Beiträge zu den Schulkosten entsprechend den neuen gesetzl. Bestimmungen vom 14. 1. 1921.

* **Milspe**, 15. März. **Kriegsbeschädigtenbewegung.** Am Sonntag fand in Langendreer der Verbandstag des Landesverbandes Westfalen des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener statt. Der Geschäftsbericht gab ein klares Bild darüber, wie macht- und kraftvoll sich der Zentralverband seit seiner im Sept. 1919 in Hildesheim vollzogenen Gründung entwickelt hat. Von etwa 45 000 Mitgliedern bei der Gründung, ist die Zahl auf rund 250 000 gestiegen. Es sind zur Zeit mit dem Einheitsverbande und dem Hamburger Bund Einigungsverhandlungen im Gange, um, wenn möglich, mit diesen Verbänden, die sich doch sehr wesensverwandt sind, zu einer Verschmelzung zu kommen. Heute besteht leider in der Kriegsbeschädigtenorganisation noch eine zu große Zersplitterung. Der Landesverband Westfalen zählte zur Zeit der Gründung im Sept. 1919 etwa 7500 Mitglieder. Heute sind es 27—28 000. Zum Landesverbandsvorsitzenden wurde Foerster-Langendreer einstimmig gewählt. Zu der Tagung in Langendreer war von dem Hauptvorstand in Berlin der Geschäftsführer Butterbrodt und der Sozialpolitiker Dr. Panzer erschienen. Diese Herren hatten es übernommen, in einem der Landesverbandstagung vorangegangenen zweitägigen Unterrichtskursus Delegierte der Ortsgruppen in die praktischen und sozialpolitischen Arbeit, die namentlich das neue Reichsversorgungsgesetz mit sich bringt, zu unterweisen. Wenn auch das Reichsversorgungsgesetz für die Kriegsbeschädigten mancherlei Vorteile bringt, zum Beispiel der Anspruch auf Hilfsfürsorge für die Kriegsbeschädigten, so hat es gegenüber dem alten Mannschaftsversorgungsgesetz von 1906 doch Härten, mit denen sich die Kriegsbeschädigten nicht abfinden können und werden. Der § 25 (Begriff der Erwerbsbeschränkung) § 28 (Ausgleichszulage) und vor allen Dingen die Bestimmungen §§ 63 und 64, die sich auf das Ruhen der Rente beziehen, finden den schärfsten Widerspruch. Die §§ 63 und 64 werden direkt als unmoralisch und als eine Prämie auf die Faulheit bezeichnet. Auch die Heilfürsorge für die Kriegsbeschädigten, deren Körper durch die jahrelangen Entbehrungen ohnehin geschwächt und deren Gesundheit untergraben ist, muß kommen. Ein fester Zusammenschluß aller Kriegsbeschädigten ist notwendig, wenn sie ihre berechtigten Interessen gewahrt wissen wollen. Deshalb möge kein Kriegsbeschädigter und keine Kriegshinterbliebene abseits stehen. Der Zentralverband, parteipolitisch und religiös völlig neutral, ist eine Organisation, in der die Interessen der Kriegsbeschädigten bestens gewahrt sind.

— **Selbstmordversuch.** Frau Rut aus Milspe-Berninghausen stürzte sich gestern in einem Anfall geistiger Umnachtung in den in der Nähe des Straßenbahnhaltestellenbahnhofs befindlichen Hammerteich. Die Lebensmüde wurde von Arbeitern gerettet und nach erfolgreichen Wiederbelebungsversuchen in das Gevelsberger Krankenhaus gebracht.

* **Voerde**, 15. März. Der Ziegenzuchtverein veranstaltete gestern im Vereinshause einen Lichtbildervortrag durch den Leiter der landwirtschaftlichen Lehranstalt Hagen, Direktor Brenken. In sehr ausführlicher und anschaulicher Weise wurde durch Bild und Wort vermittelt, wie sich die Ziegenzucht im Laufe der Zeiten entwickelt hat und wie aus den in Freiheit lebenden für Milchwirtschaft überhaupt in Frage kommenden Naturziegen wie sie jetzt noch in Aegypten usw. vorkommen, sich durch gute Zucht allmählich die Landziege die zur heute vorhandenen Edelrasse entwickelt hat, die Milcherträge von 5 und mehr Litern pro Tag zu leisten imstande ist. Es wurde hingewiesen auf die Notwendigkeit einer guten und einwandfreien Pflege und Behandlung des Tieres, auf gute Stallhaltung und richtige Fütterung. Der Vortrag fand allgemeinen Beifall und wurde der Wunsch ausgesprochen, daß recht bald wieder in ähnlicher belehrender Weise auf die Interessen der Kleintierzucht gewirkt werde.

Wirtschaftlicher Teil.

Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer u. Comp. Kommanditgesellschaft auf Aktien.

In der Aufsichtsratssitzung vom 10. März wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1920 vorgelegt. Auf Antrag der Geschäftsinhaber wurde beschlossen, der für den 7. April einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent für das Kommanditkapital von 150 000 000 Mark vorzuschlagen und dem offiziellen Reservefonds den Betrag von 6 500 000 Mark zuzuweisen. In derselben Generalversammlung soll über die Erhöhung des Grundkapitals um 50 000 000 Mark auf 200 000 000 Mark Beschluß gefaßt werden.

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Boswinckel für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. Herkenrather beide in Gevelsberg.

Bekanntmachung.

Neuausgabe

der Säuglingsmilchkarten sowie Milchkarten für Kinder von 2—6 Jahren und Milchkarten für hoffende Frauen und alte Personen und Säuglingszuckerkarten.

Freitag, den 18. ds. Mts., im Lebensmittelamt:

Vormittags von 8—9 Uhr für die Bezirke 7, 11—14,
" " 9—10 " " " " 15—19,
" " 10—11 " " " " 20—24,
" " 11—12 " " " " 25—29.

Dienstag, den 22. ds. Mts., im Lebensmittelamt:

Vormittags von 8—9 Uhr für die Bezirke 30—33,
" " 9—10 " " " " 34—37,
" " 10—11 " " " " 38—41,
" " 11—12 " " " " 42—45.

Mittwoch, den 23. ds. Mts., im Lebensmittelamt:

Vormittags von 8—9 Uhr für die Bezirke 46—50,
" " 9—10 " " " " 51—55,
" " 10—11 " " " " 56—60,
" " 11—12 " " " " 61—64.

Es wird dringend um genaue Einhaltung der Ausgabezeiten gebeten. — Für verspätete Abholung wird eine Gebühr von 1 Mk. erhoben. Die braune Kartenausweiskarte ist vorzulegen.

Aus- und Abmeldeamt sowie das Milchamt ist an den Ausgabetagen nur des Nachmittags von ½4 Uhr bis ½3 Uhr geöffnet.

Das Lebensmittelamt.

Anmeldung der Lernanfänger.

Die Kinder, welche bis zum 30. September ds. Js. das 6. Lebensjahr vollenden und somit Ostern ds. Js. schulpflichtig werden, sind am **Montag, den 21. und Dienstag**, den 22. ds. Mts. und zwar an beiden Tagen von nachmittags 2 bis 4 Uhr, unter Vorlage des Familienstammbuches in den einzelnen Schulen bei den Herren Schulleitern anzumelden.

Anträge auf Zurückstellung schulpflichtiger Kinder sind unter Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses schon möglichst vor diesem Termin bei den Schulleitern anzubringen.

Gevelsberg, den 14. März 1921.

Der Vorsitzende der Schuldeputation.
Der Bürgermeister. J. V.: Pelz.

Bekanntmachung.

An die Zahlung der fällig gewesenen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, der vorläufig festgesetzten Reichseinkommensteuer, des Miets- und Mädchenschulgeldes, der ganzen Hundesteuer wird mit dem Bemerken erinnert, daß Zahlungen ohne Kostenberechnungen nur bis zum 10. März erfolgen können. Besondere Mahnungen durch Zustellung von Erinnerungszetteln erfolgen nicht mehr. Zahlungen durch Ueberweisungen müssen so zeitig erfolgen, daß sie bis zu diesem Termine der Kasse bekannt sind.

Gevelsberg, den 14. März 1921.

Die Vollstreckungsbehörde:
Buhmann, Stadtrentmeister.

Amt Ennepe.

Wie in den Vorjahren sollen auch in diesem Jahre bedürftige unterernährte Kinder in Landaufenthalt untergebracht werden.

Anmeldungen werden bis zum 25. März 1921 im Wohlfahrtsamt, Zimmer 4, entgegengenommen.

Milspe, den 14. März 1921.

Der Amtmann: Burmann.

Bekanntmachung.

Die nächste Untersuchung der nichtbettlägerigen Kranken, die ab 1. April 1921 Vollmilch beanspruchen, findet

Samstag, den 19. März 1921,

nachmittags von 5 Uhr ab in der Hartorschule vor der hiesigen Aerztekommission statt.

Es können nur diejenigen Kranken berücksichtigt werden, die sich in die beim Kartenamt ausliegende Liste haben eintragen lassen.

Milspe, den 15. März 1921.

Der Amtmann: Burmann.

Kaufmännische Privatschule
Hilgers
Barmen, Stennertstraße 5, am Bahnhof Rittershausen.
Das neue Schuljahr beginnt Ostern
Kurse in allen Abteilungen für allgemeinbildende Mädchen und Knaben. Sonderkurse für Töchter und Frauen zur Mitarbeit im eigenen Kontor.
Schnellfördernde wahlfreie Nachmittag- u. Abendkurse.
Alle Lehrmittel frei. Prospekte umsonst.

Ein Waggon prima gelbfleischiger
Speisekartoffeln
Station Gevelsberg-Nord eingetroffen.
Karl Göbelsmann, Hahlinghauser Straße 109.

Persil
persil persil persil
wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schont und erhält die Wäsche,
spart Arbeit Seife u. Kohlen.
Bestes selbsttätiges
Waschmittel
Preis Mk. 4.— das Paket.
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Barmer Bank-Verein
Hinsberg, Fischer & Comp.
Kommanditgesellschaft auf Aktien
Barmen.

Die Herren Kommanditisten unserer Gesellschaft werden hiermit auf Grund des Gesellschaftsvertrages eingeladen zu der

Ordentlichen General-Versammlung

welche am

Donnerstag, den 7. April, nachmittags 3½ Uhr,

im Bankgebäude, Barmen, Winklerstraße 11, stattfinden wird.

Tages-Ordnung:

1. Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung, sowie Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafter und des Aufsichtsrates, Vorlage des Geschäftsberichtes der persönlich haftenden Gesellschafter und des Berichtes des Aufsichtsrats.
2. Beschluß über die Verteilung des Gewinnes.
3. Wahlen zum Aufsichtsrat.
4. Beschlußfassung über den Antrag der persönlich haftenden Gesellschafter auf Erhöhung des Grundkapitals um Mk. 10 741 200.— auf Mk. 18 964 200.— und Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Kommanditisten.
5. Aenderung des § 4 des Gesellschaftsvertrages (Erhöhung des Grundkapitals).

Die Herren Kommanditisten, welche der General-Versammlung anwohnen wollen, haben ihre Aktien bei einer der nachbenannten Stellen:

in Berlin bei der Direktion der Diskonto-Gesellschaft, der Bank für Handel und Industrie und den Herren Delbrück, Schickler & Co.,
" Frankfurt a. M. bei dem Bankhaus S. & H. Goldschmidt der Direktion der Diskonto-Gesellschaft und der Filiale der Bank für Handel und Industrie,
" Stuttgart bei der Württembergischen Bankanstalt vorm. Pflaum & Co. und der Direktion der Diskonto-Gesellschaft,
" Elberfeld, Brauerbaum, Vohwinkel u. U.-Barmen bei den Herren von der Heydt-Kersten & Söhne
" Barmen bei unserer Zentrale, sowie bei unseren sämtlichen übrigen Niederlassungen, bezw. den ordnungsmäßigen Hinterlegungsschein eines deutschen Notars bei uns bis spätestens 31. März 1921 zu hinterlegen, wogegen die Legitimation zu der General-Versammlung ausgehändigt wird.

Barmen, den 15. März 1921.

Der Aufsichtsrat:
Freiherr von Rheinbaben,
Vorsitzender.

Echter westfälischer
Pumpernickel
stets frisch zu haben bei
Rich. Altenhenne
Mittelstr. 29. Delikatessen-Geschäft. Mittelstr. 20.

Empfehle für den Hausputz:
Fensterleder, Schwämme, Scheuerbürsten, Ausklopfer.
Groß. Auswahl in künstl. Blumen.
Geschenk-Artikel
für jede Festgelegenheit etwas Passendes.
Central-Bazar L. Buss
gegenüber der Post.

In 1½ Stunde Arbeitszeit Garantie Sie unter
Läuse-Plage
auch Flöhe i. Bett (Matten) Eckolda Für Wanzen u. bei Mensch u. Tier nur m. Eckolda Haar unschädl.
Garantiert über wirkende Radikalmittel gegen
Wanzen Eckolda B | Kakerlaken Eckolda C | Holzwurm Eckolda D
Zu beziehen d. d. Erste Weltdeutsche ungeziefer-vertilgungs- und Desinfektions-Anstalt, Essen, und in
Gevelsberg bei Friseur E. Sauer, Hagener Str. Friseur Thiel, Mittelstr. 82.

In kurzer Stunde vertilgen wir unter Garantie jede
Läuse-Plage
auch Flöhe mit Brut (Eier) in Kleid., Mensch., u. Tier m. m. pat. gesch. Mittel „Eckolda". Für Wanzen u. Haar unschädl. Eckolda B Radikalmittel gegen Wanzen. Ähnlich klingende Namen weise man als Nachahmung zurück. Herstellung: Erste Weltd. ungeziefer-vertilg.-Anstalt, Essen. zu haben bei
Gevelsberg: Drogerie A. Schmermund, Mittelstr. 71.

HOTEL „ZUR HAUFE", GEVELSBERG.
Samstag, den 19. März, abends 8 Uhr:
Konzert
veranstaltet von Herrn Paul Beckmann, Gevelsberg.
AUSFÜHRENDE:
Frl. Else Heidtmann - Hagen . . . (Alt).
Herr Paul Beckmann - Gevelsberg (Tenor).
Frl. Else Beckmann - Iserlohn . . (Klavier).
Roth-Quartett, Düsseldorf.
Leitung: Herr Karl Beckmann.
Eintrittspreis im Vorverkauf numeriert 5.— Mk., an der Abendkasse 6.— Mk. Karten im Vorverkauf: Buchhandl. Strathmann, Hotel „Zur Haufe".

Gevelsberg
Damen- und Herren-
Umnäh- u. Umpreßhüte
Bügeln, Modernisieren und Färben in allen Farben usw. — Steife Herrenhüte werden zu weichen modernen Formen umgearbeitet. — Eigene Pausmaschinen-Arbeit. Für Geschäfte und Modistinnen übernehme laufende Posten. Lieferzeit 6 bis 8 Tage.
Hutfabrik Gebr. Prinz, Cöln a. Rh.
Annahmestellen: Hagener Str. 20, Mittelstr. 74.
Betriebs-Filiale: Gevelsberg, Zur Mühlen 2.
Wie neu!
Gevelsberg



Frischen
Schellfisch u. Kabliau,
Ia. Kieler Bückinge
per Pfund 3.50 Mk., Kiste 15.— Mk.
empfiehlt
Ernst Berninghaus
Inh.: Hugo Berninghaus
Mittelstraße 57. Fernruf 557.



Heute eintreffend:
Frischen Schellfisch und Seelachs.
Aug. Küster,
Ecke Mittel- u. Wittener Str.

Prima holländische
Speisekartoffeln,
sowie frühe und spät.
Pflanzkartoffeln
empfiehlt franko Haus
Ernst Stöcker,
Schnellmarkt u. Hirgena.
Telephon 663 u. 653.

Saat-Kartoffeln
nächste Woche eintreffend:
Frühe Rosen, frühe ovalblaue, frühe Kaiserkrone, ferner Weitmann, Heidelberger. Industrie, Up to date, alles gesunde keimfähige Ware empfiehlt
Herm. Eckes.

Für gebrauchte
Möbel u. Herde
zahlt die höchsten Preise
Otto Hembeck
Lager in gebr. Möbeln.
Wimmelstraße 11, Oberstadt.
(Marke genügt).

Mais
rob und feinkörnig, ab Lager vorrätig.
Herm. Eckes.



Erhalte morgen einen Transport prima Oldenburger
Schweine
und gebe dieselben billigst ab.
Louis Bockhacker,
Landwirtshaus bei Hahlinghausen.
Telephon 461.

Und Sie?
Millionen Frauen schneidern nach Favorit-Schnitt. Sie sollten es auch tun! Favorit-Moden-Album M. 6. Heinr. Bremke, Mittelstr.

Anzug
gesunken, aber sehr gut erhalten, zu verkaufen.
Wo, sagt die Geschäftsst. d. Ztg.

Fußballgarnitur
neu, einmal getragen, für 320 Mark zu verkaufen.
Mittelstr. ohne 38.

Gebr. Küchenschrank
billig zu verkaufen.
Schmidt, Nordstraße 12.

Gebrauchte, jedoch noch gut erhaltene
Dezimalwage
(bis zu 150 kg Tragkraft) zu kaufen gesucht.
Michels, Gerberei, Mittelstr. 4.

Eine tragende Ziege
für 700 Mark und ein
Milchschaf
zu verkaufen
Milspe, Heilenbecker Str. 63.

Konservatorium
Dir.: Otto Lange.
Ausbildung in allen Fächern der Tonkunst.
Anmeldungen zu den Ostern beginnenden Kursen des Konservatoriums sind bis spätestens 15. März zu richten an das Sekretariat:
Hagen i. W., Mittelstr. 15.
Telephon 624.

Wirtschaft
oder ländl. Besitz
gegen volle Ausgleichung zu kaufen gesucht.
Angebote unter R. 500 an die Geschäftsst. d. Ztg.

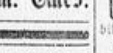
Wohnungstausch.
Mädchen-Wohnung - Gevelsberg.
Ich suche 2 Zimmer und mit Bad in meiner Wohnung zu vermieten. Tausch-Wohnung ist vorhanden. Angebote unter R. 500 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Kleineren
Fabrikraum
mit elektrischem Anschluß evtl. mit Wohnung, in Gevelsberg oder Umgebung zu mieten gesucht.
Angebote unter Nr. 145 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wer übernimmt Lochen und Stanzen eines Spezialartikels?
(Stanzeisen: Stärke 0,06—0,8 cm, Größe 0,8—1 mm lang sind zu lochen.
Angebote an Metallwerk Gevelsberg Spielmann & Wegewitz, Rosenhügel 8 Str.

Gut eingeführte kleine **Bauschlag-Fabrikation**
für Gevelsberg und Umgegend noch einige Vertreter unter günstigen Bedingungen
Interessengemeinschaft.
Angebote unter R. 2 an d. Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Forderungen aller Art
werden von erfahrenem Kaufmann energisch und diskret beigetrieben, auch gegen sofortige Kasse übernommen. Prima Ref. zeugen. Gefl. Angebote an Schließfach Nr. 174 in Hagen erbeten.



Flechte
behandelt Frau Luise Lange, geschiedene Grothe, in ihrer Wohnung Gevelsberg, Bahnhofstraße 3, Eingang Schmiedestraße, Sprechstunden: Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag 10—12 Uhr. Sonntag nur 10—11 Uhr.

Bis Sonntag, den 20. März jeden Abend ½8 Uhr:
Volksmission
in der ev.-ref. Kirche
Herr Evangelist Wolk-Bethel
spricht heute abend über:
„Ein herrliches Zeugnis für Jesus aus Feindesmund".
Jeden Nachm. ½3 Uhr:
Bibelstunde
im Vereinshause:
„Durchs Kreuz zur Krone".
Die Kollekten sind für die Anstalt Bethel bestimmt.

Der Schrei nach Lebensglück
am Donnerstag, den 17. März, abends 8 Uhr, im Hotel „Zur Haufe" für beiderlei Geschlecht.
Großer kostenloser
Aufklärungs-Vortrag
Frau Dr. Albert (Arzt) spricht über:
„Eheglück oder freie Liebe".
Personen unter 17 Jahren haben keinen Zutritt.
Eintritt: 4, 3 u. 2 Mk.

Sohn ordentlicher Eltern und mit guter Schulbildung als
Lehrling
gesucht.
Landm. Spez. d. Ingenieurbüro Stoll & Wenkebach, Wittener Str. 4. Fernsprecher 664.

Suche für sofort ein
besseres Zweitmädchen,
welches im Bügeln u. Stopfen perfekt ist. Die gute Zeugnisse haben müssen, werden, da schon gelernte Stellen besetzt sind, auch hier oder zum Januar gesucht. Lohn 150 Mk. monatlich.
Frau W. Denninghaus,
Hagen b. Volmarstein.

Gesucht ein fleißiges
Mädchen
zu leichter Familie für alle vorkommenden Arbeiten, bei gutem Lohn und guter Behandlung. Anfragen unter Nr. 146 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ein ordentliches
Mädchen
für 3½ oder halbe Tage gesucht.
Frau Kessler, Schulstraße 12.

Ein fleißiges
Dienstmädchen
sofort gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle Nr. 2.

Sofort oder später ein
properes Mädchen
für eine 2 Personen-Familie nach Schwelm gesucht. Frau Pfarrer Schmitz.

Mädchen oder Frau
für einige Stunden morgens gesucht.
Wellmannstraße 3.

Morgenmädchen
nicht unter 17 Jahren, für sofort oder zum 1. April gesucht.
Frau Fritz Bed, Nordstraße 6.

Das Schuttabladen
auf unserem Gelände im Twiefeld untersagen wir hiermit jedem. Zuwiderhandelnde werden wir zur Anzeige bringen.
Gebr. Dörken.